

VORFRAGEN

60 pf
NR. 24
Oktober

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Wir haben für die Bosse lange ...

GENUG GEOPFERT

Immer noch eine Million Arbeitslose, steigende Preise, zu wenig Lehrstellen - und kein Ende abzusehen! Das sind die Zukunftsaussichten in dieser "freien und sozialen" Marktwirtschaft. Selbst "Optimisten" unter den Strategen des Kapitals können dieses Bild nicht aufpolieren.

Selbsterständlich stellen sie ihr System nach wie vor als unbertroffen dar - die Arbeiter und Angestellten müßten nur noch mehr Opferbereitschaft zeigen! Es ist das alte Lied: die Bosse bestimmen wir sollen bezahlen, für ihr System, in das sie selbst kaum noch einen Pfennig stecken. Trotz Milliarden-Geschenke an die Unternehmer steigen die Investitionskosten nicht, wird kein Arbeitsplatz mehr geschaffen, sinkt der Lebensstandard mit den Reallohn.

neue Maßnahmen der Bundesregierung
Was tut die Bundesregierung in dieser Lage? Sie hat das Wirtschaftsruhr wieder herumgerissen. Nachdem früher Spar-sanktion der öffentlichen Hand die große Devisen von SPD-Finanzminister Hans Apel war, rücken die neuesten Maßnahmen der Bundesregierung wieder davon ab.

Aber ganz will man die bisher betriebene Politik wohl doch nicht fallen lassen. In der Hoffnung, daß die Kapitalisten irgendwann doch mal investieren, werden Maßnahmen, die die Arbeiter und Angestellten betreffen, zurückgelassen. Die öffentlichen Haushalte werden weiter vergrößert. Die öffentlichen Investitionen werden weiter ausgedehnt. Die öffentlichen Ausgaben werden weiter erhöht. Die öffentlichen Steuern werden weiter erhöht. Die öffentlichen Einnahmen werden weiter erhöht. Die öffentlichen Ausgaben werden weiter erhöht. Die öffentlichen Steuern werden weiter erhöht. Die öffentlichen Einnahmen werden weiter erhöht.



Nach neuesten Schätzungen des Wirtschaftsministeriums beträgt das "Nachfrageloch" 20-22 Mrd. DM. Die jetzt beschlossene geringfügige Erhöhung der Kaufkraft von zwei, drei Zehnmarschelten im Monat, kann daher also nicht mal dieses "Loch" füllen, geschweige denn eine Wende zum Besseren herbeiführen!

im Netz des Kapitalismus

Wie ausgefällt diese neuen Maßnahmen der Bundesregierung daher auch sein mögen - sie sind vom Ansatz her ungeeignet.

- 25-30% der Bevölkerung sind inzwischen arbeitslos (vor dem Putz gab es so gut wie keine Arbeitslosen); Arbeitslose bekommen kein staatliches Arbeitslosengeld und sind deshalb auf Almosen angewiesen.
- Die Inflationsrate liegt bei mehreren hundert Prozent.
- 40% der Bevölkerung leben am Rand oder unterhalb des Existenzminimums.
- 2,5 Millionen chilenische Kinder sind unterernährt.

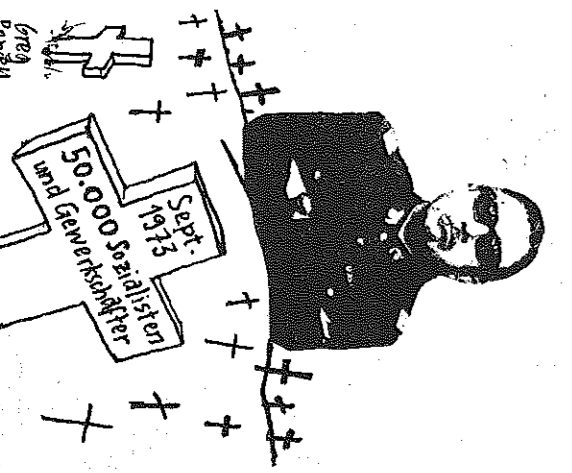
Das Pinochet-Regime hat die wirtschaftlichen Probleme überhaupt nicht lösen können - im Gegenteil: es hat nur zu einer Verschlechterung der Lage für die arbeitende chilenische Bevölkerung geführt.

Auf einer DGB-Voranstaltung vor einiger Zeit in Hamburg wurde herausgestellt, daß chilenische Nahrungsmittel exportiert werden - während die Stadt- und Landarbeiter Chiles hungrig! Durch ungeheurer niedrige Löhne und unmenschliche Arbeitsbedingungen werden Supergewinne erzielt. Das ist das wahre Bild Chiles! Nur

CHILE UND DIE LEHREN FÜR HEUTE

Vier Jahre sind es jetzt her, seitdem die demokratisch gewählte Volksfrontregierung Allende - bestehend aus Kommunisten, Sozialisten und "Liberalen", d. h. Bürgerlichen - durch einen Militärschritt gestürzt wurde. Aber tausende Sozialisten, Gewerkschafter, KP-Mitglieder starben wegen ihrer Bemühungen, eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung aufzubauen. Jedes Jahr erinnern sich viele Kollegen und Kämpfer in der Arbeiterbewegung an die Greueln des Pinochet-Regimes. Den 11. September 1973 werden wir nie vergessen! Doch ist ein weiterer 11. September ausgeschlossen?

Sozialisten fällt die Aufgabe zu, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen - und die Erfahrungen mit der Regierung Allendes sind reich an Lehren.
Seit jenem 11. September wird die Arbeiterbewegung brutal unterdrückt.
KATASTROPHALE WIRTSCHAFTSLAGE
Die politische Botschaft der Militärdiktatur heißt - wie immer und überall - Verbote, Folter, Greuelthaten.



ARTIKEL ÜBER

Jochem Steffens	5.2
Umverteilungspolitik	5.2
USY-Camp Stuttgart	5.3
Terrorismus	5.4
Wirtschaft	5.5
Chile	5.6
Sri Lanka	5.6
Interviews	5.7
Betriebsratbewegung	5.8
Komfond	5.8

VORAN! zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Juno und Gewerkschaft
Erscheint seit Dezember 1973
Redaktionsanschrift: VORAN!
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid
Kontonummer: Postscheckamt Essen,
H.-G. Öttinger, 170 20 433
Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öttinger

HEUCHELLEI

Vor fast hundert Jahren, im Frühjahr 1878, bildeten zwei Attentatsversuche auf den Kaiser für das Regime Bismarcks den willkommenen Anlaß, um mit fast beispielloser Demagogie eine allgemeine Stimmung gegen die Arbeiterbewegung zu schüren. Bismarck peitschte im Reichstag das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" (Sozialistengesetz) durch, wonach der Sozialdemokratie verboten wurde, Vereine zu organisieren, Druckschriften zu verbreiten und Versammlungen durchzuführen. Heutzutage spielt sich wieder ähnliches ab. Die Reihe von Terrorakten - die Ermordung von Buback und Ponto und die Entführung von Schleyer - in den letzten Monaten, die wir klar ablehnen, sind für Bismarcks heutige politische Nachfahren ebenso ein Vorwand, um die Stimmung gegen Linke und Sozialisten aufzuwecken (das sind sowieso alles "Sympathisanten"!) und auf noch viel schärfere Gesetze drängen. Und so ist jetzt in der bürgerlichen Öffentlichkeit die Rede davon, daß viel härter durchgegriffen werden sollte. Zum Beispiel durch vereinfachte Post- und Telefonüberwachung, durch verschärfte Demonstrationsrecht, durch die sogenannte "Sicherheitsverwahrung", durch Sondergesetze bis hin zur Todesstrafe. Für viele CDU/CSU-Politiker und ihren nahestehenden Journalisten und Professoren war der Ruf nach Wiederherstellung von Recht und Gesetz nahelegend. Ihre Kommentare trafen nur so von Heuchelei. Und sie, die sie ein angeblich friedliebendes System schützen wollen, müssen sich wohl einer Reihe von Fragen eines lesenden Arbeiters gefallen lassen.

Mit Ponto, Schleyer und Buback haben sie alle Mitleid und tiefe Anteilnahme. Wer von ihnen hat jedoch jemals gefragt, ob nicht etwa Schleyer als führender Chef bei Daimler-Benz und seine Klasse den frühzeitigen Tod oder Körperlichen Ruin von Tausenden, ja Hunderttausenden Arbeitern auf dem Gewissen haben? Dieser Dauerterror ist jedoch kein Nachruß, keine Regierungserklärung wert.

Oder wie steht es mit der Gewalttätigkeit in einer Gesellschaft, die Jahr für Jahr neue und vollkommener wahnsinnige Zerstörungswaffen liefert? Ihr jüngstes Kind - die Neutronenbombe - wurde von der "Welt am Sonntag" ausdrücklich gelobt: "Selbst wenn das Ruhrgebiet vorübergehend von feindlichen Truppen besetzt wäre, könnten sie mit N-Bomben daraus wieder vertrieben werden". Wo bleibt hier die Rücksicht auf die 8 Millionen Bewohner des Ruhrgebiets? Ist ihr Leben nichts wert?

Die Terroristen müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie für das kapitalistische System nur ein Alibi besorgen, um den Staatsapparat aufzurüsten und die Gesetze zu verschärfen. Diese ernste Vorsorge zeigt letzten Endes nur, daß sich die herrschende Klasse nicht vor einigen wenigen Terroristen fürchtet, sondern vor dem Widerstand der Arbeiterbewegung gegen ihr Krisendiktat. Sie ist so ein Zeichen der Schwäche des Kapitals und seines mangelnden Selbstvertrauens.

Das Sozialistengesetz wäre im nächsten Jahr hundert Jahre alt geworden. Es kam aber bereits 1890 endgültig zu Fall, und die deutsche Arbeiterbewegung wuchs unaufhaltsam weiter. Ebenso wird die herrschende Klasse in der Zukunft versuchen, mit Gesetzen die Arbeiterbewegung in ihren Freiheiten einzunengen und einzuschüchtern. Aber diese Gesetze werden ebenso wie das Sozialistengesetz am Widerstand der Arbeiterbewegung scheitern. Denn kein Gesetzeparagraph, kein Unterdrückungsversuch kann letzten Endes den Lauf der Geschichte aufhalten.

UNVERTEILUNGSPOLITIK KEINE LÖSUNG!

In den letzten Sommermonaten hat sich immer deutlicher herausgestellt, daß das Problem der Arbeitslosigkeit beginnt, dauerhaft zu werden. Bürgerliche Politiker sind erstaunt und entsetzt darüber, daß die Arbeitslosenzahlen wieder stagniert, daß die Arbeitslosen auch im Sommer nicht wesentlich gesunken sind und daß alle möglichen Maßnahmen, die Wirtschaft zum Investieren zu bringen, bisher nicht viel genutzt haben.

In dieser Situation hat Jochen Steffen die Bundesregierung berechtigterweise gründlich kritisiert, und ihre Unfähigkeit, die Massenarbeitslosigkeit abzumildern und Vollbeschäftigung zu erreichen. Er betrachtet die Arbeit als zentral für die Entwicklung der Person und erwartet von unserer Gesellschaftsordnung, daß sie es leistet, allen Menschen Arbeit zu geben. Er kritisiert richtig an ihr, daß sie beim Menschen Unsicherheit erzeugt. Er verlangt ein Umdenken unseres Systems, das heutzutage gequälter Mensch und Natur inhuman sei, verschwendisch mit Aufwand und Mitteln, welches die Kleinen unterdrückt und die Großen fördert. Er verlangt mehr Gerechtigkeit und mehr Selbstbestimmung des Volkes.

Kritik berechtigt

In all dieser Kritik stimmen wir Jochen Steffen voll zu. Er ist einer der wenigen Linken in unserer Partei, die bei Kritik kein Blatt vor den Mund nehmen.

Aber welche Lösungsvorschläge hat er anzubieten? Er verlangt, daß in unserem Staat eine Veränderung der "privilegierten Struktur" eintreten müsse. Vollbeschäftigung könne erreicht werden, durch Schaffung neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und Bezahlung dieser Stellen durch Erhöhung der Steuern, besonders der mittleren und hohen Einkommensklassen (Fabrikanten etc.) Dadurch würden Unterschiede abgebaut, was anzustreben sei.

1. Staat und Regierung müssen mehr in Gesellschaft und Wirtschaft eingreifen im Interesse der Bevölkerung.

2. ... außerdem seien Teilgebiete (besonders der Energiebereich) zu vergesellschaften, um ein Energiegewicht zu multinationalen Konzernen aufzubauen.

3. und der Staat müsse das Recht haben, im Interesse der Bevölkerung Investitionsgebote auszusprechen zu können.

Auf der anderen Seite müßten wir aber auch von überhöhten Ansprüchen herunterkommen. Die Überfüllungsschicht gehe ihrem Ende entgegen und wir müßten bereit sein, Abschied zu nehmen von Steigerungen der persönlichen Realeinkommen, um dadurch mitzuhelfen, die zukünftigen Krisen zunächst zu "entschärfen" (aus: "Krisenmanagement oder Politik" rororo aktuell).

Können die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Erfolg führen? Jochen Steffen hat in seinen Vorschlägen (wie viele Reformisten!) völlig die Logik und die Mechanismen des Kapitalismus außer Acht gelassen. Er will auch zunächst die Krisen "entschärfen", (durch welche Maßnahmen



JOCHEN STEFFEN

men, wenn sie dem Kapitalismus innewohnen), Investitionsangebote auszusprechen (-an eine private Wirtschaft?), die Großen mehr besteuern (-damit sie etwa noch weniger investieren?) usw. Damit will er zunächst die Auswirkungen des Kapitalismus abschwächen, was unmöglich ist in der Krise! Er will laut "rororo aktuell" erst einmal "den Karren zum Laufen bringen", mehr Selbstbestimmung für das Volk und mehr Gerechtigkeit, um dann später weitere Schritte einzuleiten. Aber genau andersherum muß das Pferd angefaßt werden! Alle diese Auswirkungen des Kapitalismus hören

Krisen-„Entschärfung“ möglich?

nicht auf, bevor seine Herrschaft nicht grundlegend durch Verstaatlichung der Schlüsselindustrien beseitigt ist! Erst dann ist es möglich, Steffens Vorschläge durchzusetzen! In seinem Vorschlag der Umverteilung durch höhere Besteuerung der Großindustrie hat Steffen folgende Logik des Kapitalismus außer Acht gelassen: Die Konkurrenz zwingt die Industrie immer schneller, billiger zu produzieren. Daher rationalisiert sie und erzeugt so mehr Arbeitslose, jedenfalls in Krisenzeiten, wo sie wegen mangelnden Absatzes und geringerer Profite keine weiteren Investitionen durchführen kann. Durch eine höhere Besteuerung würde sich diese Situation nur noch verschlechtern! Sie würde die Profite mindern, zu weiterer Produktionsverlagerung, weiteren Entlassungen und noch geringeren Neuinvestitionen führen.

Die Regierung ist auch nicht mehr frei, zu entscheiden, wen sie stützen will: die Industrie oder die Bevölkerung. Denn wenn sie nicht grundsätzlich klar mit diesem System bricht, wird sie immer unter dem Druck des Kapitals stehen und den Lebensstil, und die Bevölkerung kürzen müssen. Genau diese Politik hat sich ja auch schon in mancherlei Maßnahmen der Regierung deutlich gezeigt, z. B. in der Herabsetzung der Vermögenssteuer.

WER BEZAHLT?

Man sollte meinen, daß die Unternehmer, die von diesem Staat profitieren auch den größten Teil der Steuern bezahlen. Doch das ist schon seit Jahren nicht mehr so. Während 1967 die Arbeitnehmer mit 20 Milliarden DM Lohnsteuer und 25 Milliarden DM Mehrwertsteuer ca. 45% des gesamten Steueraufkommens zu zahlen hatten, ist es heute so, daß wir mit 80 Milliarden DM Lohnsteuer und 60 Milliarden DM MwSt., ungefähr 68% der Steuern aufbringen. Die restlichen Steuern außer Kfz-Steuern vor allem Vermögens- und Umsatzsteuer, die die Bosse zu bezahlen haben) machen vor 10 Jahren noch 55% der Steuern aus, heute sind es nur noch 32%.

Das bedeutet, daß die Bosse heute kaum mehr Steuern zahlen als vor 10 Jahren, während wir heute wesentlich mehr als damals aufzubringen haben.

Und daran sind die Bosse schuld! Sie trieben aus Profitgier die Preise in die Höhe, so daß wir nicht anders können höhere Löhne zu fordern.

ELVIS PRESLEY

Der Tod von Elvis Presley machte es mir nochmal klar, wie Musik und Kultur die Zustände dieser Gesellschaft widerspiegeln. Denn Elvis war einer der wenigen Großen, die es schafften aufzustiegen und Millionen zu werden, wo aber tausende vergeblich versuchen und noch versagen, durch einen "Hit" ein (und für alle) mal dem Alltagsleben zu entkommen, mal mehr



STEFAN THORNTON

Welchen Sinn haben ferner Teilgesellschaftungen, die als Konkurrenz zu den multinationalen Konzernen errichtet werden sollen? Da sie auch im kapitalistischen Umfeld liegen, sind sie gezwungen, genau wie die Multis, den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu gehorchen. Dies bedeutet, daß sie der Marktsituation folgend Arbeiter entlassen oder einstellen, die Arbeitsnetze verschärfen, Löhne kürzen und hohe Preise verlangen müßten. Handeln sie nicht nach diesen Prinzipien, so müßten die vergesellschafteten Betriebe vom Staat Zuschüsse kriegen. Dazu hat aber unser hochverschuldeter Staat kein Geld - d. h. alsozwischen der Arbeitsweise der Multis und den vergesellschafteten Betrieben befindet sich letztlich kein Unterschied; beide müßten in letzter Konsequenz genauso inhuman sein - unter kapitalistischen Bedingungen wohl gemerkt!

Dieses Modell Steffens würde insgesamt also auch keine grundlegende Änderung bringen. Mit einem weiteren Mittel hat Steffens versucht, den kapitalistischen Entwicklungen im Staats-Betriebe im Kapitalismus

Staats-Betriebe im Kapitalismus

Hinblick auf Umweltverschmutzung und Produktion sinnloser Güter Einhalt zu gebieten. Mit dem Mittel der "Investitionsgebote", das heißt: die Unternehmer sollen zu bestimmten Zeitpunkten dahin gebracht werden, in Bereichen zu investieren, die für die Gesellschaft wichtig ist. So will er versuchen, in unsere freie Marktwirtschaft Teilmomente der Planung herinzubringen. Wird die freie Unternehmenscharakter sich das gefallen lassen? Wird sie nicht immer Mittel und Wege finden solche Gesetze oder Empfehlungen zu umgehen, z. B. bei den immer stärkeren Zusammenstößen trotz der Kartellgesetze? Was man nicht bestreift, kann man nicht kontrollieren! Eine alternative stellt nur die Verstaatlichung der 100 größten Konzerne unter dem Druck der Mehrheit und die Einführung einer Planwirtschaft unter Kontrolle der Arbeitnehmerschaft dar.

Keine Lohnerhöhungen?

Sämtliche Vorschläge Steffens werden durch seine allerletzte Konsequenz entlarvt: Er bekennt sich dazu, daß die Arbeiter von der Konsequenz weggelassen müssen, daß sich der Reallohn weiter erhöhen muß. Dies ist eine völlige Anpassung an das Auf und Ab des Kapitalismus. Wenn man berechnet was schon heute auf dem Boden einer Planwirtschaft möglich wäre (siehe VORAN Nr. 20), dann ist diese Äußerung der reinste Hohn für einen Sozialisten, als den Steffen sich bezeichnet. Wer so etwas sagt, ist nicht mehr weit von der Parole: "Gürtel engerschnallen" entfernt!

Im Endeffekt ist diese Aussage das hilflose Argument eines Reformisten als den er sich ja auch bezeichnet. Reformen aber lassen sich in der Krise des Kapitalismus nicht verwirklichen. Einen Ausweg bietet nur die Überführung der Banken und Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und die Einführung einer demokratischen Planwirtschaft.

Wenn ich sage, die Musikbranche spiegelt die gesellschaftlichen Verhältnisse wieder, dann heißt das nicht, daß Elvis mit den Kapitalisten und die zahllosen unbekannteren "Sternen" mit den Arbeitern gleichzusetzen sind. Egal, ob man einen großen oder gar keinen Namen hat - man wird als reine Profitquelle betrachtet, als "Objekt", das man "verkaufen" muß.

Ich habe es schon zweimal erlebt, daß Produzenten mir als unbekanntem Sänger den Hirnmel auf Erden versprochen, würde ich nur ihren schönen Vertrag unterschreiben - und damit meine sämtlichen Rechte als Mensch aufgeben! Wie du dann dein Haar schneidest (oder überhaupt!), mit wem du verkehrst, natürlich auch deine politischen Tätigkeiten - alles ist nicht mehr deine Sache. Denn von dem Augenblick an, wo du deine Unterschrift gelistet hast, hat dich der Produzent in der Hand. Deine künstlerischen Fähigkeiten, deine musikalischen Ideen - alles gehört dem "Bosch".

Die Musik und die Kunst überhaupt, gehören nicht dem Volke. Auch da herrscht der Markt, auch die sind die Profit-Häse am Werke. Um sich schlimmer ist es, wenn man bei Talentshows steht, wie Hausfrauen, Arbeiter und Arbeiterinnen voller Hoffnung auf die Bühne gehen, um mal endlich den Kampf ums Überleben hinter sich zu lassen. Dabei fallen sie in die Hände noch größerer Ausbeuter.

Elvis hatte es geschafft, er wurde Millionär. An ihm verdienten sich Ehinge eine goldene Nase. Und jetzt werden noch weitere Millionen aus seinem Tod gemacht. Das ist "das Lied" des Kapitalismus.

Der Anschlag auf den BDI-Präsidenten Schleyer wirft einige grundlegende Probleme der Arbeiterbewegung auf. Die Methode des individuellen Terrorismus ist so neu nicht. Schon Marx mußte sich mit "Anarchisten" auseinandersetzen, die glaubten, die Massenaktionen der Arbeiterklasse durch die Chemie der Bombe ersetzen zu können. Heute verlegt wieder kaum ein Tag, ohne daß es irgendwo auf der Welt politische Mordanschläge, Bombenexplosionen oder Entführungen gibt. Die endlose Kette der internationalen Guerillakriege - Baskische Nationalisten, ETA, die argentinische ERP und die Monteros; die amerikanische SLA; die irische IRA; die deutsche RAF und die italienische "Proletarische Einheit", um nur einige der bekanntesten zu nennen - waren in den letzten Jahren laudend in den Schlagzeilen.

Der Aufbau eines "anti-terroristischen" Polizeiparates und die Demutierung aller Linken und Sozialisten als "Terroristen" war eine vorhersehbare Reaktion der herrschenden Klasse. Aber ihr Verdammungsurteil rüchert ihr allzuleicht über die Lippen. Ihr ganzes System ist auf Gewalt und Terrorismus gegen die Völker dieser Welt gebaut. Man braucht sich nur die Barbarei des US-Imperialismus in Südostasien anzusehen - 10% der Bevölkerung Kambodschas wurde ausgeradiert. Dann gibt es das "Internationale Gleichgewicht des Terrors": Wissenschaft und Technik werden benutzt, perfekte Zerstörungswaffen zu entwickeln. - genug um die Erde 100mal hintereinander in ein rauchendes Trümmerfeld zu verwandeln! - während Milliarden unter Hunger leiden. Der letzte "Triumph" menschlicher "Vernunft" auf diesem Gebiet ist die "Neutronenbombe", welche das materielle Eigentum an Häusern, Maschinen und Fabriken weitgehend unbeschädigt lässt, durch ihre Strahlung jedoch alle Menschen innerhalb eines gewissen Umkreises tötet! Aber das abschreckendste Beispiel für die Heuchelei der Herrschenden ist wahrscheinlich Franco, der gegen den "Terrorismus" zu Felde zog, und hunderttausend Arbeiter und Bauern auf den Schlachtfeldern verbluten ließ und das gesamte spanische Volk für 40 Jahre mit seiner eigenen Terror-Diktatur versklavte.



Aus: DIE WELTWOCHEN, Zürich

INDIVIDUELLER KAMPF

Die Tatsache, daß Gruppen des individuellen Terrorismus in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden schießen, widerspiegelt einerseits nur ein Zeichen dieser wachsenden Revolte gegen den Kapitalismus auf Weltebene.

"Terroristen sind Libérale mit Bomben." Diese Feststellung trifft den Punkt haargenau. Liberale wie Terroristen gehen davon aus, daß Handlungen einzelner Personen entscheidend zu Veränderungen beitragen können. Die einen mit Hilfe von Bomben, andere vom Ministerbüro aus. Jedoch "die Befreiung der Arbeiter selbst kann nur das Werk der Arbeiter sein", wie ein altes Arbeiterlied richtig sagt. Terroristen haben mit der Arbeiterbewegung nichts gemeinsam. Die enormen sozialen Verbesserungen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erreicht wurden, sind das Ergebnis der massenhaften Kämpfe der Arbeiterbewegung.

MARKSISTEN

GEGEN TERRORISMUS

ungen, die die Arbeiterbewegung erkampt hat, wie z. B. den 8-Stunden-Tag, werden nur durch gemeinsame, organisierte, bewußte Massenaktionen des Proletariats möglich.

"Trotzdem, um einen prominenten Beamten oder Großkapitalisten zu ermorden, braucht niemand die organisierten Massen hinter sich. Das Rezept für Explosivstoffe ist für jeden erhältlich. Browning-Revolvyer kann sich jeder anschaffen. Im ersten Fall findet ein gesellschaftlicher Kampf statt, der das gesamte System bedroht; im zweiten ist es nur eine rein mechanische Reaktion auf schlimme Übel, sehr beeindruckend zwar durch ihre äußere Form (Mord, Sprengstoffanschläge usw.), aber absolut harmlos, was das gesellschaftliche System betrifft."

"Ein Streik, selbst der kleinste, hat enorme gesellschaftliche Konsequenzen: er stärkt das Selbstbewußtsein der Arbeiter, wirbt neue Gewerkschaftsmitglieder und hat nicht selten sogar eine Erhöhung der Produktivität zur Folge. Die Ermordung eines Fabrikbesitzers ist in erster Linie eine Frage für die Polizei und wechselt höchstens den Eigentümer aus." "Ob ein terroristischer Anschlag die herrschende Klasse in Angst und Schrecken versetzt, hängt von den näheren Umständen ab. Wenn dies der Fall ist, dann nur für kurze Zeit. Der kapitalistische Staat ist nicht auf Einzelpersonen und Einzelminister aufgebaut, und kann mit ihnen nicht vernichtet werden. Die Klassen, denen er dient, werden immer wieder neue Leute anwerben; der Mechanismus bleibt intakt und funktioniert weiter."

"In unseren Augen läßt der individuelle Terror nur die Rolle der Massen in ihrem eigenen Bewußtsein gering erscheinen, bestärkt sie in ihrem Machtheitsgefühl und richtet ihre Augen und Hoffnungen auf den großen Rächer."



Siglenwährende im Arbeitsamt Frankfurt

AUF KARL MARX BESINNEN! EINEN MITTELWEG GIBT ES NICHT!

In dieser Krise muß sich die SPD endlich...

Bundesregierung, Wirtschaftsinstitute und der Sachverständigenrat der sogenannten "Fünf Weisen" haben sich wieder einmal grob verhalten - zum vierzehnten Mal eigentlich? - und mußten ihre Prognosen über die Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaft inzwischen erheblich nach unten korrigieren. Überall herrscht Radioaktivität vor; vom lange beherrschten Aufschwung ist kaum noch die Rede: Er ist bereits wieder ins Stocken gekommen, bevor er richtig begonnen hatte. Der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise von 1974/75 liegt schon zweieinhalb Jahre zurück, und die Aussichten für die Konjunktur sind in der BRD wie international schon wieder - man könnte auch sagen: immer noch, ausgesprochen düster.

Die jetzige wirtschaftliche Gesamtlage ist auch für uns als das ehemalige "Musterland" des Kapitalismus viel ernster geworden. Ein Vergleich mit der Flaute von 1966/67, die noch relativ schwach war und auf wenige kapitalistische Länder beschränkt blieb, zeigt: 1969, also ebenfalls zweieinhalb Jahre nach dem Tiefpunkt der damaligen Krise, war die Arbeitslosigkeit in der BRD so gut wie ganz beseitigt (180 000), und man verzeichnete ein Wirtschaftswachstum von 8%. In die sem Jahr dagegen - zwei Jahre nach der Krise 1974/75 - wird die Wachstumsrate noch nicht einmal 4% erreichen, die Arbeitslosigkeit im Monatsdurchschnitt wird erneut klar über 1 Million liegen.

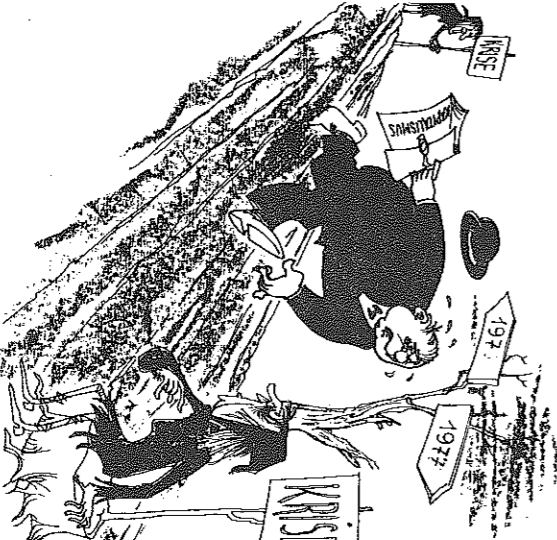
Schon von Januar bis August erreichte die Arbeitslosen Zahl einen Monatsdurchschnitt von 1,058 Mio., und die ersten Wintermonate werden diesen Wert vermutlich weiter in die Höhe treiben - die Bundesregierung hatte dagegen für 1977 mit einem Durchchnitt von lediglich 850 000 gerechnet. Die Schätzung der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts belief sich auf 5% heute, werden 3,5% als Jahrewert für realistisch gehalten. Nach Angaben des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW)

Perioden	Reales Wachstum des Bruttosozialprodukts in %
1950 -54	+ 8,7
1955 -59	+ 6,7
1960 -64	+ 5,3
1965 -69	+ 4,2
1970 -74	+ 3,6
1975 -77	+ 2,3

(jahresdurchschnittlich)
Quelle: Vorwärts, 7.7.77

Der Trend zeigt eindeutig abwärts; die Möglichkeiten, auf kapitalistischer Grundlage für die Masse der Bevölkerung genügend Arbeitsplätze und einen steigenden, ja sogar nur gleichbleibenden Lebensstandard bereitzustellen, sind vorbel. Die unvermeidliche Krisenhaftigkeit dieses Wirtschaftsystems ruft sich unmißverständlich in Erinnerung zurück: die traurigen Zustände der 20er und 30er Jahre mit ihrer Massenarbeitslosigkeit, der Verleumdung von Millionen werden erneut zur schrecklichen Drohung für die arbeitende Bevölkerung.

Die düsteren Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung, national wie international, haben auch die Unternehmer zunehmend verunsichert. Ihr System ist auf ständige Ausdehnung und ungebrochene Wachstumsmöglichkeiten angewiesen. Sonst bleiben sie auf ihren Waren sitzen, treiben sich gegenseitig in den Ruin, schränken ihre Investitionstätigkeiten ein und stoßen das ganze Land in die Krise.



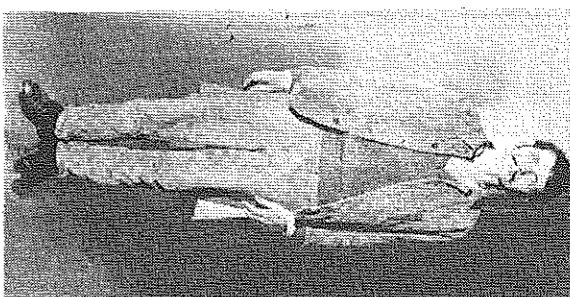
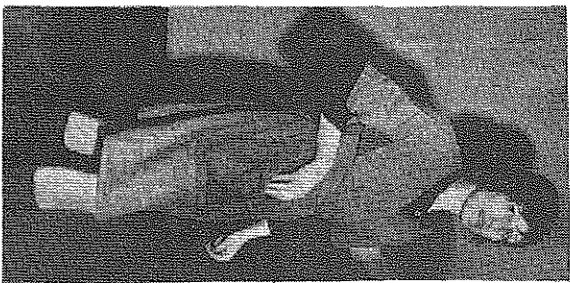
Die Investitionstätigkeit der westdeutschen Wirtschaft - Symbol für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und internationale Konkurrenzfähigkeit - ist schon seit Anfang dieses Jahrzehnts beständig zurückgegangen; die Gefahr wird durch die Beobachtung der letzten Jahre deutlich bestätigt. Die Rationalisierung und der Erweitern der Produktion selbst von den 30 Mrd. DM, die in den letzten Jahren durch die Investitionsprogramme in

die Taschen der Unternehmer geflossen sind, wurden bisher erst 8 Mrd. DM ausgenutzt. Man kann eben in der viel geprüften "Markt-Wirtschaft" die Pferde (sprich: Unternehmer) zwar zum Wasser führen, nicht aber Sauten (sprich: Investieren) zwingen! Die Kapitalisten handeln sogar im Sinne ihres Systems völlig vernünftig, wenn sie bei gesunkenen Profitraten, und einer unübersehbar gewordenen Zukunft auf Erweiterungsinvestitionen verzichten.

Tiefes Dilemma

Nun hat es sicher im Gefolge der Krise von 1974/75, begünstigt durch die Politik der Bundesregierung eine gewisse Erholung der Profite gegeben, jedoch waren die Profitbedeutungen insgesamt keineswegs mit denjenigen früherer besserer Jahre vergleichbar. Deshalb versucht das Kapital (in allen westlichen Ländern), zur Verbesserung seiner eigenen Profitraten die Löhne der Arbeiterklasse zu drücken, sowie die Produktivität durch Rationalisierungen und verstärkte Arbeitsbelastung zu erhöhen.

Aber für Investitionen in neue Fabriken und Maschinen genügt den Unternehmen nicht eine angemessene Profitrate. Ebenfalls müssen aus reichende Arbeitsmärkte vorhanden sein, auf denen die zusätzlichen Produkte gewinnen und verkauft werden können. Nun ren aber die Versuche, die Profite durch Lohnkürzungen und erhöhte Arbeitslosigkeit zu steigern, andererseits zu einer Senkung der Kaufkraft der Bevölkerung. So stecken die Kapitalisten in einem tiefen Dilemma: Gelingt es ihnen nicht, den Lebensstandard der Arbeiterklasse drastisch zu senken, dann reicht die Profitrate nicht aus. Gelingt ihnen jedoch, dann fällt die Kaufkraft der Bevölkerung.



Die prominentesten Vertreter des deutschen Terrorismus: Utrike Meinhof t., Andreas Baader, Guntun Ensslin, Jan Carl Raspe

bewegung der Arbeiterklasse in den Jahren zuvor, welche die Diktatur stürzen heß! Nicht aus Angst vor den Guerillas sondern aus Furcht vor der Arbeiterbewegung wurde Peron wieder ins Amt gehoben, der aus besonderen historischen Gründen einen enormen Einfluß auf die Arbeiterbewegung hatte, den er nutzte, um die Bewegung zu bremsen.

ERP und Monneros unternahm spektakuläre Entführungen. Zwei bekannte Manager, die Brüder Borr, kamen nur gegen ein Lösegeld von 60 Millionen US-Dollar wieder frei. Außerdem mußten in den Elendsvierteln "zur Strafe" Kleider und Nahrungsmittel im Wert von 1 Mill. Dollar an die Armen verteilt werden.

Taten wie diese zeigen, wie groß die Klüft ist, die Marxismus und Terrorismus trennt. Der Marxismus sieht die Aufgabe des Klassenkampfes darin, die Wurzel von Ausbeutung, Elend und Armut zu vernichten - durch die Enteignung der privaten Produktionsmittel und den Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaft. Die Guerrillas gleichen Robin Hood: Er überfiel die Reichen, um den Armen zu geben. Das System bleibt erhalten; es soll nur "umverteilt" werden. Sie suchen nur "Entschädigung", "Strafe" für die Verbrechen des Kapitalismus gegen die Massen.

1974 begannen die argentinischen Guerrillas wieder mit Moranschlägen gegen Armeegeneräle, bekannte Polizei-Folterer, usw. Dies diente als Vorwand für die Konterrevolution, ihre Kräfte zu sammeln. Land es zu erhöhen. Gerade für die Bundesrepublik ist ein extrem hoher Exportüberschuß in der Vergangenheit stets die Garantie für eingermaßen wirtschaftliche Stabilität gewesen. Andererseits macht ihre Exportstärke die westdeutsche Wirtschaft im hohen Maße abhängig von der Entwicklung der Weltwirtschaft, die zunehmend von Krisenerscheinungen bestimmt wird. Vor die sem Hintergrund müssen die Ausichten für die Wirtschaft in der BRD gesehen werden. Auf kapitalistischer Grundlage kann es für die arbeitenden Menschen nur eine Perspektive geben: Zunehmende Massenarbeitslosigkeit und verschärfte Angriffe auf ihren Lebensstandard! Es gibt auch keinen bequemen Mittelweg, der die Folgen der Krise des Kapitalismus beseitigt, ohne dessen Grundlagen infrage zu stellen. Denn die gegenwärtig auftretenden Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, Reallohnkürzungen, Abbau von Sozialleistungen, usw. sind ja ein notwendiges Ergebnis einer auf Privatigentum und Profit beruhenden Wirtschaftsordnung.

Karl Marx hat die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus schon vor über hundert Jahren aufgezeigt; seine Analyse ist aber vor dem Hintergrund des langanhaltenden Nachkriegsaufschwungs bei vielen Linken teilweise in Vergessenheit geraten. Die Wirtschaftskrise ist auch durch Teilmaßnahmen innerhalb der kapitalistischen Ordnung nicht in den Griff zu bekommen. Ein solcher Versuch ist leider kennzeichnend für diejenige geant angewandt, würde bedeuten, die Inflation vorstellungen zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Form von "Alternativgutachten" veröffentlicht haben; zum ersten Mal Ende 75 und dann erneut im April diesen Jahres (unter ihnen Jörg Hufschmid, Gerhard Kade, Detlev Albers und mehrere bekannte Wirtschaftsinstituts der Gewerkschaften, WSI).

Jedoch noch vor dem Putsch General Videlas war es ein Generalstreik der Arbeiterklasse - mehr als alle Robin-Hood-Spielen zusammen! Diese großartige Bewegung zerschellte, weil es keine marxistische Strömung gab, die die Massen um ein gemeinsames Klassenprogramm sammeln und sie zur Machteroberung hätte führen können. Stattdessen wurden große Teile der hervorstechenden revolutionären peronistischen Jugend in den Bankreiß der Guerrillas gezogen, wo sie ihre Kräfte verzettelten. Bis sich die argentinische Arbeiterklasse von ihrem Rückschlag erholen und den Kampf gegen die Diktatur wieder aufnehmen wird, werden wieder einige Jahre vergehen.

IRLAND

Genauso katastrophale Folgen hatte die terroristische Taktik der IRA in Irland. Im Norden hat ihre anti-protestantische Kampagne nur den Riß noch verbreitert, der vor Jahrhunderten schon vom britischen Imperialismus nach dem Motto "Teile und Herrsche" geschaffen worden ist. Obwohl es heute kaum noch Unterschiede im Lebensstandard protestantischer und katholischer Arbeiter gibt, hat die IRA-Politik zur Entstehung neuer, paramilitärischer Organisationen auf protestantischer Seite geführt. Unter den ausgebombten Opfern waren viele Arbeiter, protestantische sowie katholische.

Zeitweise richtete sich der Terror nicht mehr

Natürlich ist ihnen in ihrer scharfen Kritik an der bisherigen Politik der Bundesregierung voll zuzustimmen, ebenfalls muß klar herausgestellt werden, daß sie eine Bewältigung der Probleme im Interesse (und nicht auf dem Rücken) der breiten Mehrheit der Bevölkerung anstreben. So wenden sie sich eindeutig gegen jede Senkung des Lebensstandards und fordern die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit.



Starnokap-Theoretiker Albers

Aber in offener und solidarischer Weise muß die Frage gestellt werden, ob die in dem Alternativgutachten vorgeschlagenen Maßnahmen die Probleme wirklich an der Wurzel packen. So wird einerseits ein massives staatliches Ausgabenprogramm und der Ausbau des Personalbestandes im Öffentlichen Dienst gefordert, was keineswegs einen einschneidenden Bruch mit der herkömmlichen Wirtschaftspolitik darstellt; Diese Vorschläge entsprechen im Wesentlichen der bisherigen Anknüpfungstrategie, der sich jetzt auch die Bundesregierung erneut zuwendet - wenn auch in geringerem Umfang und bei gleichzeitiger Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals. (Vgl. den Artikel auf Seite 1 dieser Ausgabe) Eine solche Politik der Nachtragebelegung konsequent angewandt, würde bedeuten, die Inflation vorstellungen zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Form von "Alternativgutachten" veröffentlicht haben; zum ersten Mal Ende 75 und dann erneut im April diesen Jahres (unter ihnen Jörg Hufschmid, Gerhard Kade, Detlev Albers und mehrere bekannte Wirtschaftsinstituts der Gewerkschaften, WSI).

Massive Eingriffe des Staates möglich?

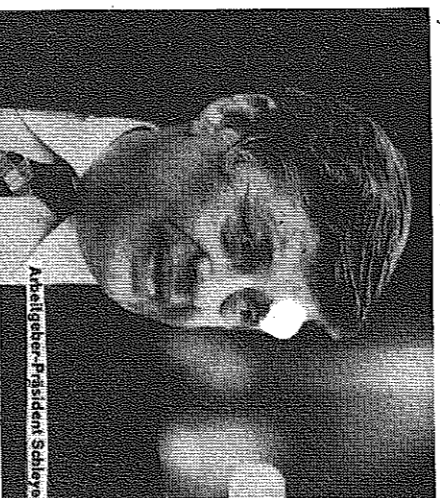
Auf der anderen Seite wollen die Verfasser des "Gegengutachtens" schon erheblich über die bisherige Anknüpfungstrategie hinausgehen. Die Vergabe der öffentlichen Aufträge und Investitionsmitteln an die Privatwirtschaft

gezielt gegen einzelne herausragende Kapitalisten (wie wenigstens beim klassischen russischen Terrorismus) sondern gegen die jeweilige gesamte Bevölkerung, die zufällig mit der Geburt den Stempel einer bestimmten Konfession trug.

Selbst die Entführung von Herema, einem Kapitalisten, hat der irischen Arbeiterbewegung auf keine Weise nach vorne geholfen. Im Gegenteil - sie trieb die Arbeiter zurück in die Arme ihres Bosses! 6.000 Beschäftigte seiner Fabrik marchierten einige Tage nach seiner Entführung durch Limerick, mit Spruchbändern "Laß unseren Boß frei!", "Jobs, nicht Gewalt!" "Dr. Herema ist ein Mitarbeiter!", usw. Und dies war eine Belegschaft, die in der vorhergehenden Periode in unzählige Kämpfe, Streiks, Bummelstreiks und Studentenverweigerung verwickelt war! Andererseits wurden die Terrorakte als Vorwand benutzt, um das "Terror-Verhüttungsgesetz" durchzusetzen. Wie abzusehen, wird es heute hauptsächlich gegen kämpferische Arbeiter eingesetzt, z. B. um kampferische gewerkschaftliche Vertrauensleute aus England abzuweisen, weil sie irischer Abstammung waren, obwohl sie nachweislich keine Verbindung zu Terrororganisationen hatten.

DEUTSCHLAND

Bei uns haben die Aktivitäten von Baader, Meinhof, RAF, usw. zu denselben Reaktionen der herrschenden Klasse geführt. Die Ermordung des Richters von Dreikmann, Generalbundesanwalts Buback, des Bankiers Ponto und die Entführung von BDI-Präsident Schleyer haben das System nicht einmal zum



Arbeitsgeber-Präsident Schleyer

Wanken gebracht. Im Gegenteil, es führte zur scharfsten Gesetzgebung seit Jahrzehnten - mit Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse! Waren doch bei Kontrahausbrandstiftungen, Banküberfällen und Bombenschlägen vor allem einfache Leute, Arbeiter, Hausfrauen, Angestellte, Soldaten und

verbunden werden. So soll es den Firmen verbotten werden, beispielsweise Überstunden machen zu lassen oder Sonderschichten zu fahren, um sie zu Neueinstellungen zu zwingen. Demgegenüber bleibt es aber eine Tatsache, daß die Regierung in einer "freien Marktwirtschaft" keinen Unternehmer zwingen kann, bestimmte Investitionen vorzunehmen, zusätzliche Personal einzustellen oder irgendwelche Aufgaben zu erfüllen. Für Kapitalisten ist einzig und allein der Profit entscheidend. Sind aber öffentliche Aufträge bzw. Investitionsmitteln wegen der mit ihnen verbundenen Anlagen nicht attraktiv, kann an ihnen nicht genügend verdient werden, dann werden sie eben nicht wahrgenommen. Am deutlichsten wird der illusionäre Charakter derartiger Maßnahmen am vorgeschlagenen Instrument der Preiskontrollen: wird denn ernsthaft davon ausgegangen, daß sich die Unternehmer solche weitreichenden Eingriffe in ihre freie Entscheidungsgewalt bieten lassen? (Im Übrigen stellt sich natürlich die Frage, ob ein kapitalistischer Staat überhaupt zu solchen Eingriffen bereit wäre. Ist es nicht die von Detlev Albers (einem der Gutachter) vertretene "Starnokap"-Theorie, die davon ausgeht, daß man an den bürgerlichen Staat keine Forderungen stellen könne, bei deren Erfüllung er seine eigene kapitalistische Basis angreifen müsse?)

Verstaatlichungen - erst später

Deshalb liegt die einzige Möglichkeit, Investitionen und Wirtschaftsablauf verundtütig zu planen und dadurch die wirtschaftlichen Probleme zu lösen darin, die Schlüsselsindustrien, Banken und Versicherungen der privaten Verfügungsmacht zu entreißen. Dazu allerdings können sich die linken Gutachter für den Augenblick noch nicht entschließen. Schon in ihrem ersten Gutachten stellen sie fest: "kurzfristig realisierbare Alternativen einer wirksamen und sozialen Politik zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bestehen weder in der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln noch in einer Aufhebung des Marktes ..."

Dementsprechend nehmen sie Zuflucht in die oben angedeutete kurzfristig angelegte Politik der Nachtrageknüpfung, verbunden mit staatlichen Aufträgen und Kontrollen gegenüber der Privatwirtschaft. Doch diese Politik ist ein Irrweg! Teilweise greift sie auf Maßnahmen

Polizisten betreffen.

Diese Gesetze würden schon benutzt, Wohngemeinschaften, linke Buchhandlungen und Verlage offiziell zu durchsuchen und zu demoralisieren! Bei politischen Schulungen in der Bundeswehr werden die Jungsozialisten schon als "verfassungstündlich" dargestellt.

ARBEITERBEWEGUNG

Die Methoden des Terrorismus sind nicht die Methoden der Arbeiterbewegung. Individueller Terror dient nur der Reaktion. Jeder kann ihn ausüben. "Linker" wie Faschist. Die italienischen Faschisten haben sich schon mehrfach als "linke" Terroristen ausgegeben - kein Wunder, wissen sie doch, daß es ihren Zwecken diene.

Wir lehnen solche Methoden schärfstens ab - und dies nicht aus pazifistischen Gründen! Die Arbeiterbewegung hat ihre eigenen Kampfmittel, die sich in der Vergangenheit als viel effektiver erwiesen haben als die individuellen "Heldentaten" Einzelner, die anstelle der Klasse handeln wollen. Ermordungen einfacher Soldaten und Polizisten treibt große Teile von Polizei und Armee höchstens in die Arme der Reaktion. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es jedoch, diese Leute politisch zu gewinnen, so daß sie nicht mehr gegen Streikende eingesetzt werden können.

Der Weg zum Sozialismus braucht nicht Gewaltam zu sein. In den nächsten Jahren werden wir bestimmt viele kollektive Kämpfe zur Erhaltung des Lebensstandards bevorstehen. Das kapitalistische System kann die Erhaltung unserer Reallohn in der Krise nicht mehr garantieren. Viele haben zwar noch Illusionen. Falls jedoch die Sozialisten und Marxisten in den nächsten Jahren geduldig weiterarbeiten, können sie mit dem richtigen Programm die Grenzen dieses Systems niederreißen.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist mächtig und wacht eben erst aus ihrem Winter (= Nachkriegsaufschwungs-) Schlaf auf. Falls die 8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, zusammen mit ihren Familien die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, erst einmal in Bewegung kommen, kann keine Macht der Erde, erst recht kein reaktionärer Gesetzestext, sie stoppen.

Je größer und machtvoller diese Mobilisierung wird, umso friedlicher wird der Übergang der Gesellschaft zum Sozialismus hin möglich sein. Dann wird der kraftlose Terror, Ausdruck von Ungeduld und Verzweiflung, auf dem Müllhaufen der Geschichte landen...

men bürgerlichen Wirtschafts-Theorien zurück, teilweise versteigerte sich zu illusionären Vorstellungen hinsichtlich der Steuer- und Kontrollierbarkeit einer Privatwirtschaft durch den Staat. Es gibt jedoch in der derzeitigen tiefgreifenden Wirtschaftskrise des kapitalistischen Systems keinen bequemen und ... praktischen Weg für eine relativ kurzfristige Beendigung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit!



Demonstration bei 'Thesen-Netzwerk' 1970: verlangen in Sprache die Einhaltung ihrer Arbeitszeiten.

Die Gutachter bemühen sich, innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems zu argumentieren, verfangen sich dabei aber zwangsläufig in den Netzen des Kapitalismus. Das wird sein vor allem deshalb unzulänglich, weil damit noch nicht das Problem des weiteren wirtschaftlichen Wachstums gelöst werde. Die Einsicht in die Notwendigkeit von Verstaatlichung und demokratischer Planwirtschaft wird dann letztlich auch im Alternativgutachten - wenn auch lediglich in langfristiger Sicht - deutlich an folgender Argumentation: "Wenn sich - wie zu vermuten steht - allerdings herausstellen sollte", daß auch die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausreichen, "wird man einen Schritt weitergehen und die wichtigsten Schlüsselbereiche... der privaten Verfügung entreißen müssen." Warum so umständlich? Wenn schon jetzt "zu vermuten steht", daß die vorgeschlagene Alternativstrategie unzureichend sein wird - warum dann überhaupt diese Vorschläge? Warum dann noch erst die Illusion bestärken, die Probleme ließen sich bequem, d. h. ohne Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem lösen?!

CHILE

Fortsetzung von S.1

Vier Jahre nach dem Putsch herrscht bei weiten Teilen der Linken in der BRD immer noch der Eindruck, daß der Sturz der Volksfrontregierung nur an der internationalen Reaktion lag. Wenn man der "UZ", Tageszeitung der DKP, glauben soll, ist die Regierung Allendes wegen der Verschwörung von Imperialismus und CIA gestürzt worden, eine mehr als irreführende Analyse. Zweifelloos wirkten CIA und internationale Kapital am Putsch mit, wenn auch nur als Hilfstuppen der heimischen Reaktion. Doch mit dieser "Analyse" lehnt man in der Praxis den Kampf um den Sozialismus als hoffnungslos ab. Man könnte dann gleich sagen: "Die Revolution wäre so schön weitergefallen, wenn es nur keine herrschende Klasse gegeben hätte!" Wenn aber die Kapitalisten nicht darauf versessen wäre, ihre Macht mit allen Mitteln zu behalten, wäre der sozialistische Kampf nicht nur leichter, er wäre überflüssig!

Für Sozialisten sollte es nicht ausreichen, nur die schmutzige Rolle des internationalen Kapitals und der CIA zu jammern; wir müssen auch die Politik der Volkfront ansehen, die auch eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat.

ROLLE DER CIA

Ohne Zweifel führte die Volksfrontregierung große Reformen ein (die längst ohne Ausnahme von der Junta wieder rückgängig gemacht wurden). Lohnerhöhungen, Landreform und soziale Maßnahmen sicherten der Regierung eine breite Basis. Die Maßnahmen zur Verstaatlichung von Banken, Bergbau und Teilen der Industrie (vor allem der drei riesigen Kupfergesellschaften) waren große Fortschritte für die chilenische Arbeiterklasse. (Obwohl wichtige Teile der Wirtschaft im Privatbesitz verblieben, die später Stütze des Putsches wurden) Selbstverständlich ging das alles für die Kapitalisten zu weit; diese demokratisch gewählte Regierung berotete ihre Existenz. Sie begannen sich auf eine blühige Abrechnung mit der UP-Regierung und der Arbeiterbewegung vorzubereiten.

MÖRDER AM KABINETTSTISCH

Allende und besonders der KP-Führer Corvalan wiederholten völlig blühend ihr totales Vertrauen auf die demokratische Zuverlässigkeit und Regierungstreue der Armee. Allende holte sogar wenige Monate vor dem Putsch einige Generäle in die Regierung, setzte sich also mit seinen eigenen Mördern an einen Kabinettstisch! Corvalan bezahlte seinen fatalen Irrtum mit einer unmenschlichen KZ-Haft, Allende mit 50.000 Kämpfern mit dem Tod. Nur wenige Tage vor dem 11. September 73 fand in der Hauptstadt Santiago eine Massenkundgebung statt, bei der die Arbeiter von ihren Führern eine allgemeine Bewaffnung zur Verteidigung gegen die Reaktion forderten. Ein Arbeiterführer, der die Bezeichnung Marxist

verdient, hätte die zum Teil schon bewaffneten Fabrikkomitees und die einfachen Soldaten aus dem Arbeiter- und Bauernmilien zu einer Arbeitermiliz vereint. Denn es ist keineswegs so, daß die Armee geschlossen putschte; nur 17% aller Soldaten waren am Putsch beteiligt, und Pinochet mußte ganze oppositionelle Regimenter austrotten lassen. Welche Lehren hat man nun aus der chilenischen Tragödie gezogen?

Die KP meint, das Volksfrontbündnis wäre nicht breit genug gewesen. Nicht nur die "radikaldemokratischen" und "liberalen" Parteien, nein, alle antifaschistischen Kräfte mußten zu einer anti-Pinochet-Front zusammengefaßt werden. Also auch die Christdemokraten, die vor dem Putsch zusammen mit den Ultrarechten Allende des "Verfassungsbuchs" beschuldigten, die Armee auf ihre "Verfassungsschützende" Rolle hinwiesen und "POLITIK DER VOLKSFRONT"

den Putsch zu Anfang lebhaft begrüßten! Doch eine solche "antifaschistische Front" könnte nur zu einer noch inkonsequenteren Politik führen, als sie die Regierung Allende ohnehin schon betrieben hat.

Denn statt die Arbeiter für die volle Übernahme der Industrie zu mobilisieren und den schwer getroffenen Mittelschichten eine soziale Lösung zu ihren Problemen anzubieten, schreckte die Allende-Regierung zurück. Sie ließ Polizei und Armee die von Arbeitern besetzten Fabriken und Ländereien an die früheren Besitzer zurückgeben. Der kommunistische Wirtschaftsminister schlug sogar

Sri Lanka: Niederlage der Arbeiterparteien

Zum ersten Mal seit 40 Jahren sind die Arbeiterpartei mit keiner einzigen Stimme im Parlament vertreten! Die jüngsten Wahlen im Juli brachen der UNP (United National Party - Vereinigte Nationalpartei) unter ihrem Vorsitzenden Jayawardene einen überwältigenden Sieg. Der SLFP (Sri Lanka Freedom Party - Freiheitspartei Sri Lankas) von Frau Bandernake, die bis dahin Ministerpräsidentin war, eine verheerende Niederlage.

Die kapitalistische UNP, die zu vor nur mit 19 Sitzen im Parlament vertreten war, konnte 139 der 166 Sitze gewinnen. Der Anteil der SLFP-Sitze dagegen von 90 auf 8 Sitze zurück. Und der Block der Arbeiterparteien (der vereinigten Linken), zu dem zuvor 130 Abgeordnete gehörten, konnte nicht einen einzigen Kandidaten wieder ins Parlament bringen. Die Wirtschaft Sri Lankas steckt in einer derart tiefen Krise, daß die kapitalistische UNP sogar dazu gezwungen war, mit einem angeblich sozialistischen Programm in den Wahlkampf zu ziehen. Die Londoner "Times" stellt dazu fest: "Mit kluger politischer Voraussicht hat Mr. Jayawardene versucht, seine Partei, die im Ruf einer nach Westen orientierten, pro-kapitalistischen Partei steht, ein neues sozialistisches Image zu geben." ("Times vom 23.7.77)

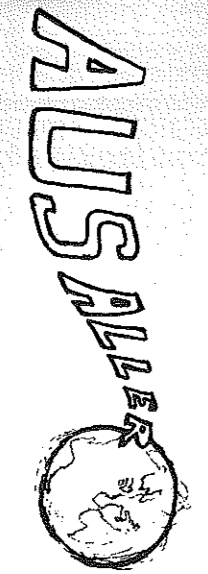
Niederlage der Koalition

Dagegen hatten die beiden Haupt-Arbeiterparteien, LSSP und Kommunistische Partei, während ihrer Zeit in der Regierungskoalition mit der SLFP nachdrücklich versucht, den Arbeitern eine Politik des "Gürtel enger Schnallens" als "Schritt zum Sozialismus" zu verkaufen. Und als sie aus der Regierung ausgeschlossen wurden (die LSSP im September 1975, die KP im Februar 1977) reagierten sie aus Groll über den Verlust ihrer Ministerposten nur mit persönlichen Angriffen aus Frau Bandernakes. Dies wiederum half nur, den Boden für die soziale Demagogie der UNP zu bereiten.

Programm der Koalition

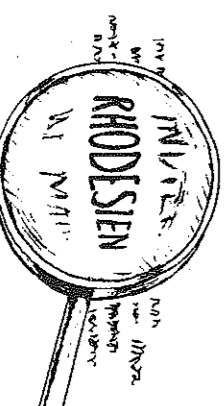
Die SLFP/LSSP/KP-Koalition kam 1970 auf der Basis eines breiten, demokratischen, anti-imperialistischen Programms zur Macht. Dieses Programm versprach Reformen, Modernisierung der Wirtschaft, Verbesserung der Verfassung, usw. Doch in Ländern wie Sri Lanka und Indien, die noch unter der Herrschaft des Imperialismus stehen, greifen schon die geringsten bürokratischen demokratischen Reformen die grundlegenden Interessen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer an.

So konnte denn auch von der Regierung weder im landwirtschaftlichen noch im industriellen Bereich wirtschaftliches Wachstum erreicht werden. Eine Landreform im schändlichen zwar den privaten Gutsbesitz ein und verstaatlichte die Güter ausländischer Besitzer - doch brachte sie bisher wenig Nutzen. Infolge der Leistungsmüdigkeit und Korruption bei den staatlichen Gütern stagnierte deren Produktion oder fiel drastisch ab.



DEMOKRATIE" IN

RHODESIEN



Der rhodesische Ministerpräsident Ian Smith hat bei den Parlamentswahlen sein Ziel erreicht. Seine Partei, die "Rhodesische Front", gewann alle 50 den weißen Rhodesiern vorbehaltenen Mandate. Die übrigen 16 Parlamentsitze sind gewöhnlicherweise für die Vertreter der schwarzen Rhodesier reserviert.

Natürlich darf in Rhodesien nicht jeder

Wert, einige staatliche Betriebe wieder zu privatisieren!

Mit dieser schwankenden Politik setzen sich die Arbeiterführer zwischen alle Stühle. Sie trug zur Verwirrung und Demoralisierung der Arbeiter bei und löste nicht die Krise der ebenfalls unter dem Diktator der Großkonzerne und Banken stehenden Kleinbürger. Kein Arbeiterführer zeigte die Perspektive der Ermächtigung des Großkapitals im gemeinsamen Interesse der Arbeiter und kleinen Geschäftslente auf.

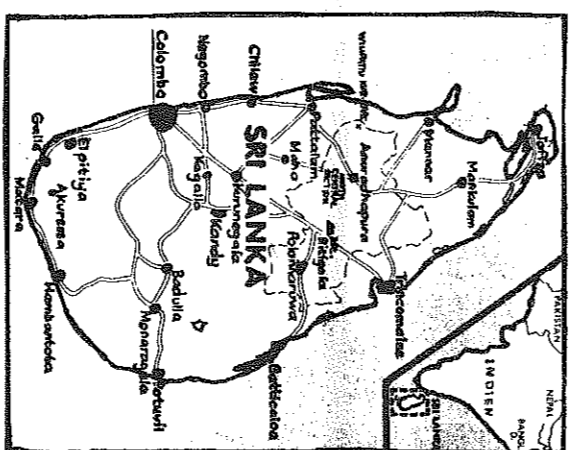
MITTELSCHICHTEN

Die schwere Krise der Wirtschaft trieb so die Mittelschichten weiter in Opposition zur Regierung, und schließlich waren gerade sie es, die den Putsch eifrig unterstützten. Die Mittelschichten sind alle die Gruppen der Bevölkerung, die ökonomisch weder der Arbeiter- noch der Kapitalistenklasse zugerechnet werden können. Sie werden in Krisenzeiten selbst vom Großkapital ausgebeutet. Das Kapital ist ihr Feind, nicht die Arbeiterklasse. Die Mittelschichten stehen jedoch ohne unabhängige gesellschaftliche Rolle zwischen beiden Klassen - zwischen Ausbeutung des Kapitals und der einzigen produktiven Klasse, dem Proletariat. Daher kann ihre Zukunft nur mit der des Proletariats identisch sein, und so müssen sie politisch mit dem Programm des Sozialismus gewonnen werden.

Die Arbeiterbewegung kann die Mittelschichten nicht durch Koalitionen mit ihren angeblichen (tatsächlich aber bürgerlichen) Interessenvertretern gewinnen, sondern nur direkt, indem sie zeigt, daß sie den Kampf führt und sie dadurch mitreißt.

Dies ist eine zentrale Lehre aus dem chilenischen Drama. Es ist eine vorrangige Pflicht aller Sozialisten, die chilenischen Ereignisse weiter und noch genauer zu studieren.

Denn erst wenn die politischen Konsequenzen gezogen werden, kann verhindert werden, daß auch anderswo Tausende, Zehntausende, ja Hunderttausende an die Messer der Reaktion geliefert werden.



Folge dieses fehlgeschlagenen Wirtschaftsprogramms in einem stagnierenden, krisengeschüttelten kapitalistischen System war die Rückkehr der Regierung zu einer klassisch kapitalistischen Politik, wie sie auch die UNP hätte betreiben können. Statt Reformen standen Konterreformen auf der Tagesordnung: Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, Streichungen bei der Lebensmittelversorgung, Versorgungsengpässe in fast allen Bereichen.

Es war eben dieses Sinken des Lebensstandards - in Verbindung mit dem Mangel an einer wirklichen sozialistischen Alternative seitens der LSSP und KP Führung -, das die Mittelschichten, Arbeiter und Bauern in die Masse der Arbeiter und Bauern hatte das Vertrauen verloren, daß die LSSP und KP-Führung ihnen einen Weg hätte weisen können.

Verfall der Demokratie

Während die Krise Anfang der 70er Jahre heranwuchs, wandte sich auch der Staat immer schärferen, repressiven Maßnahmen zu. 1971 wurde die Regierung mit einem regelrechten Aufstand von Teilen der Jugend konfrontiert, den sie mit ungeheurer Brutalität niederschlagen ließ. Andere Teile der Bevölkerung bekamen die Härte des Staates in der Folgezeit ebenfalls zu spüren. Bei-spiele hierfür sind der Streik der Bankangestellten 1972 sowie ein Eisenbahner-Streik 1976. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen stand in den letzten in immer stärkerem Maße die Arbeiterbewegung, die sich zunehmend gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zuwandte.

Die siegreiche UNP griff in ihrem Wahlkampf die wichtigsten aktuellen politischen und wirtschaftlichen Probleme auf. Sie versprach, Preise und Arbeitslosigkeit zu senken, Freiheit und demokratische Rechte wiederherzu-

Machtmißbrauch zu zügel. Man nimmt an, daß viele Jugendliche und Hausfrauen die UNP in der Hoffnung auf niedrige Preise und Arbeit gewählt haben.

Die Wirtschafts-Strategie der UNP läßt auf eine Rückkehr zur klassischen kapitalistischen Politik hinaus - nach dem Vorbild Singapurs. Sie hofft, im großen Stil ausländisches Kapital anzuziehen, durch die Schaffung einer

Politik der UNP

Freihandelszone von 200 Meilen und die Besetzung sämtlicher wirtschaftlicher Kontrollen, die durch die letzte Regierung eingeführt worden waren.

Ein wichtiger Teil dieser Strategie ist es, die Macht der Gewerkschaften zu brechen. Die UNP hat bereits den Versuch angekündigt, die Gewerkschaften vollkommen neu aufzubauen und ihre Verbindungen zu den Parteien zu trennen, stattdessen soll es nur noch gewerkschaftliche Gremien auf Betriebsebene geben.

Kurz: die UNP wird versuchen, unpolitische Gewerkschaften aufzubauen.

Aber, wie stabil ihr Regime auch sein mag, es ist sehr unwahrscheinlich, daß größere Investitionen ins Land fließen, vor allem wenn man sich den derzeitigen Zustand des Kapitalismus auf Weltenebene ansieht. Dasselbe gilt für die Preise, die ebenfalls nur im Zusammenhang mit dem Weltmarkt bestimmt werden sollte es der UNP nicht gelänge, die anstehenden wirtschaftlichen Probleme zu lösen, wird sie sich ebenso wie die SLFP diktatorischen Maßnahmen zuwenden. In einer solchen Situation werden sich die Massen ebenso schnell von der UNP wieder abwenden, wie sie heute zu ihr hinströmen.

Die mächtige demokratische Bewegung, die die UNP heute für ihre Zwecke nutzt, kann sich leicht in eine revolutionäre Kraft verwandeln, die Kapitalismus und Großgrundbesitz in Sri Lanka ein für alle mal beseitigt.

Perspektive

Aber die weiteren Entwicklungen werden davon abhängen, wie die Arbeiterklasse gegen die grundlegendsten Rechte mobilisiert.

Sobald die Arbeiterklasse gegen die reaktionäre Gewerkschaftspolitik der UNP antritt, wird sich dieser Kampf ausweiten, über die Fordernungen nach demokratischen Rechten hinaus, zu einem Kampf um die Erfüllung der elementarsten wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse. Dies wird aber nur dann zum Erfolg führen, wenn die Masse der Arbeiter und Bauern mit einer wirklichen marxistischen Führung bewaffnet sind, die die revolutionären

VORAN

RÄTE- UND BETRIEBERSRÄTE-BEWEGUNG IN DEUTSCHLAND

1. WELTKRIEG

Gegen Ende des 1. Weltkriegs griffen Not, Elend, Hunger und Armut im Gefolge dieses Krieges immer mehr um sich. Die Unzufriedenheit wuchs täglich. Immer mehr derjenigen, die noch 1914 begeistert in den Krieg "für Vaterland" gezogen waren, erkannten, daß sie für einen sinnlosen Krieg mißbraucht wurden.

ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE

1918 gaben in Kiel Matrosen und Arbeiter das Zeichen zum Aufstand gegen Krieg und reaktionäres Herrschaftssystem. Die Revolution griff rasch ins Landesinnere über. Am 9. November kam es in Berlin zum Generalstreik. In Fabriken, Kasernen und Städtgen bildeten sich zum ersten Mal in der deutschen Geschichte spontan Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Arbeiterräte wurden in den Betrieben gewählt und standen in enger Verbindung mit ihren Kollegen, von denen sie jederzeit wieder aberufen werden konnte. Sie bezogen keine festen Gehälter, sondern nur die Erstattung der notwendigen Ausgaben. Die Arbeiterräte versuchten, die Produktion vor der Sabotage durch die Kapitalisten zu schützen. Sie kontrollierten die Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen, die Fortführung und Erweiterung der Produktion, die Finanzoperationen der Unternehmer, usw.

VOLLSTÄNDIGE KONTROLLE DURCH RÄTE

In der Tat hatten die Räte in diesen Tagen und Wochen die gesamte wirtschaftliche und militärische Kontrolle. Die Bewegung war so mächtig, daß sich ihr niemand offen entgegenzustellen wagte.

JUGEND OHNE ARBEIT

Fortsetzung von Seite 7.

Aus diesem Teufelskreis kommt man kaum raus. Ergebnis: man fragt sich, was das alles dann soll, und bleibt einfach weg.

Bei der Lehrstellensuche sieht es genau so schlecht aus. Auch wenn die Bundesanstalt für Arbeit versucht, das düstere Bild der Wahrheit besser darzustellen als es wirklich ist, ist es schon schlimm genug: Ende Juli wurden 231.000 Lehrstellen, aber 416.000 Bewerber registriert (FAZ 2/9/77). Nächstes Jahr werden noch 30-40.000 zusätzliche jugendliche Bewerber dazukommen! Und was hat der verantwortliche Minister dem Betroffenen vorzuschlagen? Daß "sie sich in der Berufswahl nicht einseitig festlegen"! Daß heißt etwa, auf unser Recht auf freie Berufswahl zu verzichten, wenn die Arbeitgeber nicht bereit sind, in diesem Bereich Lehrstellen und Arbeitsplätze für die Jugend zu schaffen.

Dem lag uns eins klar sein: falls der für die nächste Periode hervorgesehene wirtschaftliche Aufschwung kommt, wird er zu Rationalisierungszwecken und nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt.

die Stimme unseres Herren

Dies haben die Bosse ganz deutlich gedrückt. Mannesmann-Chef Egon Overbeck drückte in einem "Spiegel"-Interview vom 5/8/77 den Zynismus der Unternehmer gegenüber den Arbeiterfolgernmaßen aus: "Die noch verarbeitete Mentalität, daß jedem einen Arbeitsplatz darauf habe, seinen Arbeitsplatz vom Ende der Lehrzeit bis zur Pensionierung zu besetzen, ist nicht mehr durchzuhalten und das muß der Öffentlichkeit klargemacht werden". Wir können uns also nicht auf die Unternehmer verlassen - ganz im Gegenteil! Wenn es darum geht, ihre Profite zu erhöhen, werden sie alles versuchen, vom Streiken vorhaltender Lehrstellen bis hin zu direkten Entlassungen. Arbeitslosigkeit ist zu einer Dauererscheinung ihres Systems geworden.

Noch am 9. November 1918 verkündete Karl Liebknecht, einer der Führer der USPD (Linke Abspaltung von der SPD), in der Hauptstadt Berlin die Sozialistische Republik. Diese Proklamation stimmte aber mit der tatsächlichen politischen Situation nicht ganz überein.

Zwar hatten die Räte die vollständige Kontrolle über Betriebe, Kasernen und das öffentliche Leben, aber die Großgrundbesitzer und Großindustriellen waren offiziell noch nicht enteignet. Außerdem bestanden die alten, bürokratischen Staatsorgane aus der Kaiserzeit weiter - wenn sie auch zunächst durch die Revolution jede Autorität verloren hatten. Als provisorische Regierung - Gegenstück zu den Räten - bestand der Rat der Volksbeauftragten. Er setzte sich aus drei Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) und drei Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) zusammen. Ebert von der MSPD war Reichskanzler.



Auforderung der revolutionären Arbeiter und Soldaten an die Regierungsteppchen, sich mit ihnen solidarisch zu erklären.

EBERTS POLITIK

Diese Regierung stand in der ersten Phase der Revolution unter direkter Kontrolle des Vollzugsrats, dem obersten Organ der Räte. Dem Rat der Volksbeauftragten blieb nichts anderes übrig, als die Macht der Räte am 9. November 1918 anzuerkennen. Diese Anerkennung der Macht der Räte war aber kein Schritt aus Überzeugung. Denn für Ebert sowie die Führung der MSPD war die Rätemacht nur

Was bietet aber die Regierung an, diese Situation zu ändern? In NRW läuft seit einiger Zeit der berühmte Ausbildungsplan, der in der Kölner-Presse als großer Erfolg begründet wurde. Um neue Lehrstellen zu schaffen, zahlt die Regierung bis zu 80% des Lohns eines Lehrlings, der bei einer Firma für 6 Monate eingestellt wird. In dieser Zeit sollte er eine Ausbildung bekommen, um nachher einen Arbeitsplatz aufnehmen zu können. Wie sieht es aber tatsächlich aus? Der Lehrling steht am Ende der Zeit wieder ohne Arbeit da (einen Arbeitsplatz ist nämlich nicht garantiert unter diesen Bedingungen), während die Firma eine äußerst billige Arbeitskraft bekommen hat. Dieser "Plan" ist praktisch nur eine Methode, das Ansehen der SPD unter ihrer Wählerschaft zu behalten, vor allem unter den Jungwählern, die 1972 zum erstenmal die SPD mit großer Begeisterung gewählt hatten und jetzt von der Arbeitslosigkeit am schwersten betroffen sind.

Arbeitszeitverkürzung

Aber dieses Problem wäre einfach zu lösen, indem die Arbeitszeit auf 35 oder sogar 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich herabgesetzt wird. In manchen Gewerkschaften wie z. B. in der IG Metall, IG Chemie und NGG (Nahrung, Genuß und Gaststätten) kann diese Forderung schon auf und das ist etwas, was durchaus unterstützt werden muß. Aber gerade solche Forderungen stoßen an die Grenzen des kapitalistischen Systems, weil sie die Unternehmensprofite schmälern würden. Wenn das System nicht mal jedem Schulabgänger eine Lehrstelle oder Arbeitsplatz garantieren kann, wenn immer mehr rationalisiert wird auf Kosten der Arbeiter und ihrer Familien, muß man für die Beseitigung des Systems kämpfen und die Überführung der Großkonzernen und Banken in die Hände der Arbeiterklasse fordern. Erst dann, wenn die Arbeitnehmer über die Macht hebel der Wirtschaft verfügen, kann die Arbeitslosigkeit abgeschafft und jedem Jugendlichen einen Arbeitsplatz und vernünftige Ausbildung garantiert werden.

VORAN hat bereits in früheren Ausgaben eine Serie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung veröffentlicht, weil wir glauben, daß es für jeden gewerkschaftlich und politisch Aktiven wichtig ist, die Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland gut zu kennen.

An dieser Stelle wollen wir daher eine Serie zu einem wichtigen Aspekt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beginnen: zur Räte- bzw. Betriebsräte-Bewegung. Wir hoffen, daß sie das Interesse unserer Leser findet und sind natürlich gerne bereit eigene Erfahrungsbereiche von Betriebsräten dieser Stelle zu veröffentlichen.

Friedrich Ebert



die Macht des "Pöbels" von der Straße, die ihnen in ein einziges Chaos zu münden schien. Sie hatten von Anfang an im Sinn, den bürgerlichen Staat wiederherzustellen und eine parlamentarische - keine direkte - Demokratie einzurichten.

NATIONALVERSAMMLUNG CONTRA RÄTEMACHT

Daher versuchten sie, die Idee einer Nationalversammlung zu propagieren, die eine bürgerliche Verfassung ausarbeiten und die Grundlage einer parlamentarischen Demokratie sein sollte. Daß damit die Räte überflüssig werden würden, verschwiegen sie. Im Gegenteil: man tat so, als ob beide Elemente - Räte und Parlament - sich problemlos zusammenfügen ließen.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Führer des linken Flügels der USPD, wiesen als einzige ständig auf den Widerspruch zwischen der Parole der Nationalversammlung und der bestehenden Rätemacht hin. Sie befürchteten, daß im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie die Räte vollkommen enteignet oder zur Bedeutungslosigkeit herabgestuft würden.

Um von den Räten die Zusage zur Wahl zur Nationalversammlung zu erhalten, erklärte Ebert, daß nur durch diese Nationalversammlung der Sozialismus gestiftet werden könnte. Gleichzeitig arrangierte sich Ebert aber hinter den Kulissen mit der obrigkeitssaatlichen Bürokratie und den alten kaiserlichen Armeeoffizieren gegen den Sozialismus. Die Gewerkschaftsführer aller Richtungen folgten der

Daß eine Zeitung wie VORAN, die so kompromißlos und hartnäckig für eine sozialistische Gesellschaft, für die Überführung der Großkonzerne und Banken in Gemeineigentum, für die Abschaffung der kapitalistischen Herrschaft kämpft, von den Herrschenden und Reichen gehäßt wird wie die Pest, dürfte wohl klar sein. Ebenso klar ist jedoch auch, daß wir, solange sie noch an der Macht sind, auf jeden Pfennig angewiesen sind, um unsere Zeitung zu verbessern, vergrößern, um noch mehr

SPENDENKONTO: Postcheckkonto Angela Bankert
Postcheckamt Essen, Nr. 242250432

Kompromißfonds

zusätzliches Material herauszubringen noch mehr Kollegen und Genossen zu erreichen. Es reicht nicht aus, die politischen Idealen von VORAN einfach im Stillen für gut zu tun. Wer unsere Zeitung politisch unterstützen will, muß dies auch offen zeigen. Durch eine Spende - oder noch besser geldmäßige Überweisung. Jeder Pfennig Mark zählt. Überweise auch Du noch heute Deine S

ABONNIERT VORAN

- ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN und habe DM 7,- auf das Postcheckkonto H.G. Ofinger, Postcheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)
- ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____
Adresse: _____
Redaktion "Vorran" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75